

Kein Ende der Gewalt im Arakan State

Im Westen Myanmars brachen erneut Kämpfe zwischen ethnischen Rakhine und Rohingya, der muslimischen Minderheit im Arakan State, aus. Erneut gab es Tote und Häuser gerieten in Brand. Es waren die schwersten Unruhen in der Region seit den gewalttätigen Ausschreitungen im Juni 2012.

Die Krise der Rohingyas währt seit Jahrzehnten. Seit 1982 gelten sie als staatenlose bengalische Muslime. Auch im Juli 2012 hat es die Regierung versäumt, die Rohingyas auf die Liste der mehr als 130 ethnischen Minderheiten aufzu-

nehmen. Ferner haben Rohingyas keinen Anspruch auf die burmesische Staatsbürgerschaft. Gleiches gilt in Bangladesh, wo sie ebenfalls nicht willkommen sind.

Die Stimmung ist extrem angespannt, weite Teile der Gesellschaft sind gespalten. Rassistische Töne gegen die Rohingyas kommen auch aus den Reihen der Nationalen Liga für Demokratie, der Oppositionspartei von Aung San Suu Kyi. Die Krise der Rohingyas ist nur die Spitze des Eisberges: Diskriminierung aufgrund von Sprache, Hautfarbe,

Ethnie und Religion sind in dem Vielvölkerstaat allgegenwärtig. Auch Rakhine sind hiervon nicht ausgenommen. Sie werden aufgrund ihres Dialektes, ihrem nicht korrekten Birmanisch, von ethnischen Birmanen diskriminiert.

Die Krise der Rohingyas gilt als eine Bestandsprobe für die Thein Sein-Regierung und die demokratischen Reformen. Doch bislang strebt die Regierung keine langfristige Lösung an und baut stattdessen auf eine Trennung der beiden Gruppen.

boston.com 24.10.2012

Der Jade-Krieg

Die Straße zum Jadeschatz – eine mit Schlaglöchern übersäte unbefestigte Piste – führt in die im Norden Myanmars gelegene Stadt Hpakant, die berühmt ist für beste Jadequalität. Hpakant, das der Regierung jährlich Millionen von US-Dollar einbringt, ist erneut zum Mittelpunkt bewaffneter Auseinandersetzungen zwischen Regierungstruppen und ethnischen Kachin-Rebellen geworden. Heute ist die Straße meist leer, viele der ArbeitsmigrantInnen und AnwohnerInnen sind wegen der Kämpfe geflohen.

Im Jahr 2011 endete ein 17-jähriger Waffenstillstand der beiden Seiten, für die die 3000 Jademinen im Kachin-Staat eine unverzichtbare Einnahmequelle sind. In den letzten vier Wochen haben die Kämpfe zwischen den birmanischen Militärs und Mitgliedern des bewaffneten Flügels der Kachin Independence Organization (KIO) in der Hpakant-Region dramatisch zugenommen. Die schweren Kämpfe sind eine direkte Folge der Kampagne des Militärs, die KIO aus dem lukrativen Jadehandel zu vertreiben.

Ergebnis dieses Zusammenstoßes ist eine zunehmende humanitäre Krise, mindestens 10.000 Menschen wurden in der Region obdachlos. Viele MigrantInnen und Einheimische arbeiten trotz der Kämpfe weiter in den Minen.

Beide Seiten haben sich geeignet, wieder an den Verhandlungstisch zurückzukehren und an einer diplomatische Lösung zu arbeiten. Verhandlungsort wird die chinesische Stadt Riuli sein.

Kachin News 14.9.2012, 18.10.2012

Lokale Bauerninitiative gegen ein Kupfer-Bergbau-Projekt

Die Monywa-Kupfermine im rauen Nordwesten Myanmars sollte die Prosperität des rohstoffreichen Landes symbolisieren. Doch die Mine steht nun für etwas anderes, für eine spektakuläre und im Militärstaat seltene Konfrontation von Bauern und Behörden.

Zur Vorgeschichte: In der Sagaing-Region, nahe der Stadt Monywa, wurden 2010 mehr als 7.000 Hektar Land konfisziert, um ein Kupfer-Bergbau-Projekt

zu realisieren. Hierbei handelt es sich um ein Joint Venture der vom Militär kontrollierten Union of Myanmar Economic Holdings Ltd (UMEHL) und Chinas Mininggesellschaft Wan Bao, das Rohstoffe für Chinas Waffenindustrie liefern soll.

Doch der Widerstand der Bevölkerung ist groß. Nachdem die Bauern im September 2012 daran gehindert wurden, ihre Felder zu bestellen, haben sie sich zusammengeschlossen, um gegen

das Großprojekt zu demonstrieren. Im Oktober setzten sich die Bewohner gegen die Enteignungen zur Wehr und pflanzten tausende Palmen wieder an, die in der Region dem Minen-Großprojekt weichen mussten.

Die Bauern in Monywa sind nur ein Beispiel für die im ganzen Land stattfindenden Enteignungen und Vertreibungen im Namen der nationalen Entwicklung und des wirtschaftlichen Fortschritts.

Irrawaddy 21.9.2012